

ALLE MACHT DEN RÄTEN!

BROSCHÜRE

**100 JAHRE
NOVEMBERREVOLUTION
KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**



KOMAUFBAU.ORG



INHALTSVERZEICHNIS

100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION – 100 JAHRE KPD

Die Notwendigkeit einer revolutionären
Kampforganisation damals und heute | Seite 4

ANTIMILITARISMUS

Was können wir von Karl Liebknecht für unseren heutigen Kampf
gegen den deutschen Militarismus lernen? – *Ein Beitrag der Kommunistischen Jugend* | Seite 20

Website Kommunistischer Aufbau: www.komaufbau.org

Facebook: facebook.com/komauf

Twitter: twitter.com/komaufbau

Youtube: youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw

Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H.
Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: info@komaufbau.org

PGP: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061



Liebe Leserinnen und Leser.

Ihr haltet unsere aktuelle Broschüre zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Hand. Wir wollen diese beiden wichtigen Jahrestage nicht allein aus einem historischen Blickwinkel betrachten, sondern nutzen, um wichtige und notwendige Schlussfolgerungen für das hier und jetzt zu ziehen.

Die Broschüre teilt sich in zwei Texte. Sie beginnt mit einer Zusammenfassung über die wichtigsten Fragmente der Entstehungsgeschichte der **Kommunistischen Partei Deutschlands** und beleuchtet den steinigen Weg zur Schaffung der ersten kommunistischen Kampforganisation für den Sturz des kapitalistischen Systems in Deutschland und den erfolgreichen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Neben der

historischen Aufarbeitung des Themas soll hier aus den Erfolgen und Fehlern der Vergangenheit gelernt werden und die Notwendigkeit für den Wiederaufbau einer revolutionären Kampforganisation, für den Wiederaufbau der KPD dargelegt werden.

Im zweiten Text setzten wir uns mit den Thesen Karl Liebknechts zum **Militarismus** und ihrer heutigen Aktualität, der Bedeutung für die revolutionäre Jugendbewegung und unseren heutigen Aufgaben in diesem Kampffeld auseinander.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!

Mit kommunistischen Grüßen,

Redaktion

KOMMUNISMUS ★



100 JAHRE NOVEMBERREVOLUTION – 100 JAHRE KPD

Die Notwendigkeit einer revolutionären
Kampforganisation damals und heute

Viel wurde in den vergangenen Wochen und Monaten bereits über die Ereignisse rund um die Novemberrevolution geschrieben und veröffentlicht. Selbst an den bürgerlichen Medienkonzernen ist das Thema nicht spurlos vorbei gegangen. Ja ganz im Gegenteil hat die kapitalistische Presse versucht, den größtmöglichen Profit aus diesem historischen Jubiläum zu schlagen. Ähnliches konnten wir im vergangenen Jahr auch rund um den 100. Jahrestag der sozialistischen Oktoberrevolution verfolgen. Doch es geht nicht allein um die Vermarktung dieser historischen Ereignisse, sondern auch – und das ist aus unserer Sicht viel problematischer – um den Versuch, die Bedeutung der Ereignisse umzudeuten und ihnen einen anderen Anstrich zu geben.

Im folgenden wollen wir daher nicht eine möglichst genaue Chronik der Ereignisse rund um die Novemberrevolution und die Gründung der KPD in den Jahren 1918 und 1919 in

Deutschland wiedergeben, sondern **die Ereignisse bewerten und aus historischen Fehlern lernen**, damit wir diese heute nicht wiederholen. Sicher wäre es Anmaßend, 100 Jahre nach der Novemberrevolution, zu versuchen einzelne Fehler oder Fehlentscheidungen herauszusuchen, trotzdem müssen wir die Ereignisse vor 100 Jahren in Deutschland genau analysieren. Wir wollen versuchen direkte Schlussfolgerungen aus den damaligen Ereignissen für den heutigen Kampf in Deutschland und den Aufbau einer revolutionären Organisation zu ziehen.

DIE AUSGANGSLAGE

Mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs 1914 und der Kriegsbegeisterung in vielen europäischen Ländern gingen auch viele sozialdemokratische Parteien offen in das Lager der Herrschenden über. Mit der Politik des „**Burgfriedens**“ in Deutschland oder des „**Heiligen Bundes**“ in Frankreich und Portugal unterstützten die



Berliner feiern die Kriegsmobilisierung



Die Realität des Kriegs: Ein Soldat stirbt durch Giftgas

sozialdemokratischen Parteien und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften den imperialistischen Krieg der jeweiligen nationalen Bourgeoisie und sicherten ihnen ein ruhiges Hinterland zu. Parlamentswahlen, Streiks und Arbeitskämpfe, sollten ebenso während dem Krieg ausgesetzt werden, wie die Kritik an den Regierungen und der Kriegsführung in den Zeitungen. Letztendlich setzte die alte Sozialdemokratie damit 1914 ihre politische und ideologische Selbstentwaffnung durch, ohne dass es dazu die Repression der Herrschenden gebraucht hätte.

Durch die Parteinahme der sozialdemokratischen Parteien Europas auf der Seite der jeweiligen nationalen Bourgeoisie wurde das Prinzip der internationalen Klassensolidarität gebrochen. Das führte dann auch unweigerlich zum Zusammenbruch der Zweiten Internationale. In Folge des Verrats der sozialdemokratischen Führer spalteten sich in den Jahren des Krieges 1914 bis 1918 fast alle alten sozialdemokratischen Parteien. Dabei ging der eine Teil dauerhaft ins Lager der Herrschenden über und verlor jede revolutionäre Zielsetzung. Der andere Teil bildete nach und nach eigenständige Kommunistische Parteien und blieb auf dem Weg des revolutionären Klassenkampfes zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Konkret gab es diese Entwicklung so auch in Deutschland. Bereits vor

Beginn des ersten Weltkriegs gab es Widerstände gegen die Aufrüstungspolitik und den militaristischen Kriegstaukel von Kaiser und Regierung. Auch innerhalb der SPD gab es ersten Widerstand gegen die Politik des Burgfriedens und dann vor allem gegen die Bewilligung der Kriegskredite, welche von der überwiegenden Mehrheit der SPD-Abgeordneten mitgetragen wurden. Doch erst im April 1917 gründete sich mit der **USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands)** eine neue Partei, welche große Teile der linken und revolutionären Opposition in Deutschland vereinigte. Es sollte nochmal fast zwei Jahre dauern, bis sich mit der **Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)** eine Partei konstituierte, welche sich als revolutionäre Kampforganisation des Proletariats in Deutschland verstand.

Parallel zu den Entwicklungen in Deutschland fanden mit der Zimmerwalder Konferenz 1915 und der folgenden Konferenz von Kiental 1916 wichtige Treffen auf internationaler Ebene statt, welche zur Vereinigung der kommunistischen Kräfte und Organisationen führen sollten.

Nach der erfolgreichen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 folgte dann im März 1919 die Gründung der **Kommunistischen Internationale** in Moskau. So wurde der Kommunistischen Bewegung auch auf internationaler Ebene wieder eine neue Struktur gegeben.

TAGE DER REVOLUTION

Doch kommen wir zurück zu Deutschland und den Ereignissen rund um die Novemberrevolution 1918. Im Jahr 1918 verschärfte sich die Krise des deutschen Militarismus immer weiter und ließ in Deutschland eine **revolutionäre Situation** heranreifen. Nachdem es bereits im April 1917 zu großen Streiks wegen der mangelnden Lebensmittelversorgung kam, legten im Januar 1918 mehr als eine Millionen ArbeiterInnen die Arbeit nieder. Der unter anderem durch die **Revolutionären Obleute**¹ und die **Spartakusgruppe**² organisierte Streik legte große Teile der Kriegsproduktion still und konnte erst nach einigen Tagen durch den Einsatz von Polizei und Militär zerschlagen werden. Auch in diesen Streiks zeigte sich erneut die Rolle der SPD, welche durch ihre Beteiligung am Streik versuchte, diesen möglichst frühzeitig abubrechen. Viele führende Arbeiter wurden während diesem illegalen Streik und den Versammlungen verhaftet oder ins Militär eingezogen und an die Front geschickt. So unter anderem auch Richard Müller, führender Aktivist der Revolutionären Obleute und viele führende Aktivisten von USPD und der Spartakusgruppe.

1 In der Berliner Arbeiterschaft stark verankerte syndikalistische Organisation.

2 Revolutionäre Opposition innerhalb der USPD um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, später gründete sich daraus die KPD.

Spätestens im Oktober 1918 reifte dann in Deutschland eine **akut revolutionäre Situation** heran. Die deutsche Westfront stand kurz vor dem Zusammenbrechen, die deutsche Kriegsmarine war der britischen Flotte stark unterlegen und in allen Teilen des Militärs und den großen deutschen Städten wuchs die Wut gegen die miserablen Zustände und den seit Jahren anhaltenden Krieg. Um es mit einem Satz zu sagen, die Situation war reif für eine Revolution.

Auch die am 7. Oktober in Berlin illegal abgehaltene Reichskonferenz der Spartakusgruppe (mit Beteiligung der Bremer Linksradikalen³) erkannte

3 Vereinigten sich im Dezember 1918 mit dem Spartakusbund zur KPD. Sie unterschieden sich vor allem durch ihre Haltung gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und für den grundsätzlichen Boykott des bürgerlichen Parlaments vom Spartakusbund. Nachdem die Bolschewiki u.a. durch die Gründung der Kommunistischen Internationalen sowie durch die bekannte Schrift Lenin's „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ in die Kämpfe um die politische Linie der neugegründeten KPD eingegriffen hatten, trennte sich der von anarcho-syndikalistischen und räte-kommunistischen GenossInnen gebildete linksradikale Flügel von der KPD und bildete im April 1920 mit der „Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ (KAPD) eine eigene Organisation. Die umfassendste wissenschaftliche Darstellung der Geschichte des deutschen Linksradikalismus aus räte-kommunistischer Sicht legte Hans Manfred Bock 1969 mit dem Text

die Situation und verabschiedete ein revolutionäres Programm gegen den Krieg, für die Sozialisierung der Produktionsmittel, die Enteignung des Bankkapitals und verbreitete dieses im gesamten Reich. Wichtige Führungspersonen der Spartakusgruppe konnten erst Ende Oktober Einfluss auf das Geschehen nehmen, da sie etwa wie Wilhelm Pieck im Exil waren oder wie Karl Liebknecht bis zum 23. Oktober im Gefängnis saßen. Beide nahmen unmittelbar danach gemeinsam mit Ernst Meyer als Vertreter der Spartakusgruppe, ab dem 26. Oktober an den Sitzungen des Vollzugsausschusses der Revolutionären Obleute Berlins teil, um den revolutionären Aufstand zu planen. An den Treffen nahmen auch weitere Vertreter anderer politischer Flügel der USPD teil.

Die Vertreter der Spartakusgruppe drängten auf die konkrete Planung und Vorbereitung der Revolution. **Karl Liebknecht** schlug dazu in ihrem Namen für den 3. November vor, Massenversammlungen und Demonstrationen zu organisieren, um die ArbeiterInnen an die entscheidenden revolutionären Kämpfe heranzuführen. Daraufhin sollte dann für die nächsten Tage die Ausrufung des Generalstreiks folgen. Beide Vorschläge wurden von Vertretern der USPD abgelehnt. Auch die Revolutionären Ob-

leute stellten sich gegen den Plan und wollten den Aufstand um eine Woche verschieben.

Doch während in Berlin noch über den richtigen Zeitpunkt für die Revolution gestritten wurde, waren die Matrosen gezwungen zu handeln. Ein Flottenbefehl vom 24. Oktober sollte große Teile der noch verbliebenen deutschen Kriegsflotte in eine selbstmörderische letzte Schlacht gegen die um ein vielfaches stärkere britische Flotte schicken. Die Matrosen, in ihrer Mehrzahl zwangsverpflichtete Arbeiter, rebellierten gegen dieses Selbstmordkommando. Zunächst in Kiel und innerhalb weniger Tage in allen Städten, in denen die deutsche Flotte in Norddeutschland stationiert war, standen die Matrosen und mit ihnen die ArbeiterInnen gegen Krieg und Kaiser auf.

Innerhalb der ersten Novemberwoche 1918 bildeten sich fast im ganzen Deutschen Reich **Arbeiter- und Soldatenräte (ASR)**, welche die regionalen Könige, Fürsten und kaiserlichen Gouverneure entmachten und die Verwaltung und Regierungsgeschäfte übernahmen. Unter den ArbeiterInnen befanden sich bei den revolutionären Aktionen und Demonstrationen auch viele Frauen. In den Räten waren sie jedoch kaum vertreten. Die Errichtung von eigenen **Frauenräten**, die die Interessen und Rechte der Frauen vertreten und durchsetzen sollten, wurden vielerorts, insbesondere durch die SPD ab-

„Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923“ vor; online verfügbar auf www.kombibl.wordpress.com

gelehnt und verhindert. „Wenn also wirklich die Räte als Fundament einer neuen politischen Organisation bestehen bleiben sollen, dann muss auch für die Frau eine derartige Ratsorganisation geschaffen und sie muss mit Funktionen und Rechten ausgestattet werden“⁴ so Rosa Kempf bei der ersten Sitzung der aus den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten provisorischen Nationalversammlung in Bayern.

Erst am **9. November** erreichte die revolutionäre Welle schließlich die Hauptstadt Berlin, welche mit einem politischen Generalstreik lahmgelegt wurde und den Reichskanzler Prinz

Max von Baden zwang, die Abdankung des Kaisers zu verkünden und sein Amt an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zu übergeben. Ein zuvor versuchtes Manöver der konterrevolutionären Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, ein bürgerliches Reformkabinett zu installieren und die Massen dadurch zu beruhigen scheiterte.

Zwei Tage zuvor soll Ebert seine Absichten klar gegenüber Max von Baden geäußert haben: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich will sie aber nicht, ja ich hasse sie wie die Pest.“⁵

4 zit. n. Corina Mengden, Frauenseminar für soziale Berufsarbeit, München 2004

5 zit. n. Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert, Bonn 1992, S. 102



Revolutionäre Arbeiter vor dem Brandenburger Tor in Berlin

Am 9. November folgte gleich mehrfach die Ausrufung der Republik. Einmal als **bürgerliche Republik** durch den SPD-Abgeordneten Philipp Scheidemann und einmal als **sozialistische Republik** durch Karl Liebknecht. Die SPD hatte zuvor versucht, den Generalstreik zu verhindern und „Ruhe und Ordnung“ in der Hauptstadt zu wahren. Als dieser Versuch scheiterte, versuchte die SPD sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um aus ihrer Sicht schlimmeres zu verhindern.

Die Revolution im November 1918 war kein geplanter militärischer Aufstand und stand schon gar nicht unter klarer Führung einer politischen Organisation. Sie war vielmehr eine spontane Erhebung, der eine klare politische Führung fehlte.

Insbesondere die Spaltung der revolutionären Bewegung in strategischen (SPD – USPD) und in taktischen Fragen (Innerhalb der USPD, Spartakusbund und der Revolutionären Obleute) ließ sie ihre gesamte Kraft nicht entfalten.

In den kommenden Wochen, Monaten und Jahren anhaltender revolutionärer Kämpfe bis in die 1920er Jahre hinein sollte sich jedoch die Konterrevolution und ihr Schoßhund, die deutsche Sozialdemokratie gegen die Revolution behaupten.

DEMOKRATIE ODER SOZIALISMUS?

Wie bereits oben dargestellt folgte die Revolution im November 1918 **keinem einheitlichen politischen Programm**. Sie war lokal und regional gefärbt von den vor Ort vorherrschenden Kräfteverhältnissen der verschiedenen Parteien und Organisationen, insbesondere von SPD, USPD, Spartakusgruppe, Revolutionären Obleuten und anarchistischen Kräften. Entsprechend der politischen Orientierung gingen auch die Ziele und Vorstellungen, was nun, nach dem Sturz der Monarchie und der Machtübernahme im Land passieren sollte, auseinander. Zudem war zwar die Monarchie gestürzt, aber die herrschenden Kapitalisten lauerten gemeinsam mit den kaiserlichen Militärs auf die Zerschlagung der Revolution und der Räte.

Bereits in den Stunden und Tagen nach Errichtung der ersten Räte in Kiel und später in vielen anderen Städten und Regionen begann der Kampf um die Macht innerhalb der Räte und damit der Kampf um die Frage bürgerliche Demokratie oder Sozialismus. **Allein die Spartakusgruppe forderte unter der Parole „Alle Macht den Räten“ 1918 den Aufbau einer sozialistischen Räterepublik nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution.**

Mit der Frage nach Demokratie oder Sozialismus hing unmittelbar

auch die Frage zusammen, ob man den alten Staatsapparat erobern und nur selbst verwalten wollte oder ihn in der Revolution zerschlagen muss, um einen neuen auf dem Räte-System basierenden proletarischen Staatsapparat aufzubauen.

Für die SPD war die Antwort auf diese Frage klar: Kein Sozialismus! So rief das Zentralorgan der SPD („Vorwärts“) am Abend des 9. November zu „Ruhe und Ordnung“ auf. Das „Wirtschaftsleben und der Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden“ und an die Soldaten gerichtet: „Kehrt ruhig in die Kasernen zurück“. Am darauf folgenden Tag warnte der SPD-Vorstand vor einem „Bruderkampf“ und versuchte die ArbeiterInnen und Soldaten auf ein gemeinsames Vorgehen von SPD und USPD unter größtmöglichem Ausschluss von Spartakusgruppe und Revolutionären Obleuten einzuschwören.

Ganz anders hingegen die KommunistInnen der Spartakusgruppe, die sich am 10. November mit einem Aufruf zur Sicherung und Weiterführung der Revolution an die ArbeiterInnen und Soldaten richteten. Nach der Neugründung der Spartakusgruppe als Spartakusbund am 11. November verfasste **Rosa Luxemburg**, nachdem sie aus dem Gefängnis in Breslau entlassen wurde, ein Programm von Sofortmaßnahmen zum Schutze der Revolution. Darin wird unter anderem gefordert:

- die Entwaffnung der Polizei und

aller Angehörigen der herrschenden Klassen,

- Bewaffnung des Proletariats und Bildung einer Roten Garde,

- Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und die Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte,

- Enteignung des großen und mittleren Grundbesitzes, aller Banken, Bergwerke, Hütten und Großbetriebe,

- Aufnahme der Verbindung mit den ausländischen Bruderparteien, um die Revolution auf eine internationale Basis zu stellen.

Die hier von Rosa Luxemburg formulierten und durch den Spartakusbund verbreiteten Forderungen entsprachen den dringendsten Aufgaben zur Sicherung und Fortführung der Revolution. Sie erkannten, dass nur der Weg die demokratische Revolution hin zu einer sozialistischen Revolution weiter zu entwickeln, die bisherigen Erfolge sichern und die ArbeiterInnenklasse dauerhaft an die Macht bringen konnte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte entstanden zwar als Organe des Aufstands und bildeten sich direkt nach dem Vorbild der in der Oktoberrevolution gebildeten Sowjets, in der überwiegenden Mehrheit waren sie jedoch von Sozialdemokraten dominiert und geleitet. Im Leitartikel der „Roten Fahne“ (seit dem 9. November das zentrale Propagandaorgan der Spartakusgruppe) vom 21. Novem-

ber analysiert Karl Liebknecht den Charakter der Räte in Deutschland. Laut Liebknecht sind die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte keine Machtorgane der Arbeiterklasse, zudem nehme ihr politischer Einfluss immer mehr ab. Der alte kapitalistische Staatsapparat existiert weiter, er wurde in der Revolution nicht zerschlagen, sondern wird vom sogenannten „Rat der Volksbeauftragten“ (gebildet aus den Vertretern von SPD und USPD) erhalten bzw. wiederhergestellt. Fast alle Beamte und Minister bleiben „unter Aufsicht“ der Räte in ihren Ämtern. Die Produktionsmittel bleiben in den Händen der Bourgeoisie. Auf dem Lande und in den Städten organisiert sich immer stärker die Konterrevolution. Der zur Kontrolle des Rats der Volksbeauftragten geschaffene Vollzugsrat konnte hier kein Gegengewicht schaffen. Auch Rosa Luxemburg erkannte dies und stellte klar die Unterschiede zwischen den proletarischen Machtorganen in Russland und den obersten Scheinorganen in Deutschland klar: „Der Vollzugsrat der vereinigten Räte Rußland ist – mag man gegen ihn schreien, was man will – freilich ein ander Ding als der Berliner Vollzugsrat. Jener ist Haupt und Hirn einer gewaltigen revolutionär-proletarischen Organisation, dieser das fünfte Rad am Wagen einer kryptokapitalistischen Regierungsclique, jener ist die unerschöpfliche Quelle proletarischer Allmacht, dieser gleicht der ausge-

trunkenen Feldflasche, die an einem heißen Sommertage zur Seite hängt, jener ist der lebendige Leib der Revolution und dieser ihr Sarkophag.“⁶

Schnell wurde klar, dass es einer zweiten revolutionären Welle benötigte, um wirklich die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen und die immer fester im Sattel sitzenden Verräter an der Arbeiterklasse, die Führer der SPD zu entmachten. Die Januarkämpfe 1919 („Spartakusaufstand“), ebenso wie die Errichtung lokaler Räterepubliken wie in Bremen und München waren versuche, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu einer sozialistischen Revolution voran zu schreiten. Wir können heute sogar davon sprechen, dass es über die Ruhrkämpfe bis zum Hamburger Aufstand 1923 eine anhaltende Welle revolutionärer Erhebungen und Kämpfe gab, die von Freikorpsverbänden, Reichswehr ebenso wie der bürgerlichen Konterrevolution unter dem Mitwirken der Sozialdemokratie niedergeschlagen wurden. Dazu gehört auch die gezielte Ermordung führender Personen der zum 1. Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und Eugen Leviné in den ersten Monaten 1919, sowie tausender ArbeiterInnen und Soldaten.

6 Überliefert durch Richard Müller in „Vom Kaiserreich zur Republik“ in „Berliner Leben 1914 bis 1918“, Dieter und Ruth Glazer, Berlin 1963



Karl Liebknecht



Rosa Luxemburg



Eugen Leviné



Leo Jogiches

PARTEIGRÜNDUNG

„Jetzt standen uns ungefähr 30.000 Mann zur Verfügung. Das war eine gewaltige Macht in den Händen der Revolution. Leider fehlte uns damals eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die der revolutionären Bewegung Zielklarheit und organisatorische Festigkeit verliehen hätte. So waren wir mehr oder weniger auf uns allein angewiesen, hatten keine Verbindung zu der Bewegung im übrigen Deutschland und mussten isoliert operieren.“⁷ So berichtet Karl Artelt (Vorsitzender des Obersten Soldatenrates des Ostseebereichs) rückblickend von den ersten Novembertagen des Jahres 1918 aus Kiel.

Es ist natürlich vollkommen richtig und offensichtlich, dass das von Artelt benannte Fehlen einer revolutionären Partei der ArbeiterInnenklasse eines der größten Hindernisse für die Entfaltung der Revolution war. **Es fehlte die führende Rolle einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, welche die Räte durch die Zerschlagung des Ausbeuterstaates zu Organen einer neuen, proletarischen Macht entwickeln konnte.** Sie fehlte in den ersten Tagen des spontanen revolutionären Aufstandes im November 1918 ebenso wie in den folgenden Weihnachtskämpfen, dem Januaraufstand, dem Märzstreik, bis in die re-

volutionären Kämpfe der 1920er Jahre. Ebenso fehlte es den der jungen KPD an strategischer und taktischer Erfahrung.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschland beginnt jedoch nicht erst mit ihrem Gründungsparteitag vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 in Berlin. Sie ist vielmehr ein jahrelanger Prozess gewesen, in dem sich die revolutionären Kräfte nach und nach vom Einfluss der in das Lager der Bourgeoisie hinüber gewachsenen Sozialdemokratie befreiten und der auch bis in die Anfangsjahre der 1920er Jahre anhielt.

Nach der Zustimmung zu den ersten Kriegskrediten durch die SPD am 4. August 1914 trafen sich noch am selben Abend auf Initiative von Rosa Luxemburg eine Handvoll entschlossener KriegsgegnerInnen der SPD. Nur eine Woche später folgten weitere Treffen und mit der „**Gruppe Internationale**“ war die erste Keimzelle für die Gründung einer eigenständigen Organisation der KommunistInnen in Deutschland gelegt. Der Versuch, im März 1915 eine erste eigenständige Zeitung herauszugeben, scheiterte an der Repression und Zensur während des Krieges in Deutschland. Aus der nach wie vor relativ kleinen Gruppe gründete sich im Januar 1916 die **Spartakusgruppe**, welche begann, sich im gesamten Deutschen Reich zu vernetzen und konsequente KriegsgegnerInnen zu sammeln. Seit September 1916 gab

7 Vorwärts und nicht Vergessen, Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919

die Organisation eine illegale Zeitung heraus, die „Spartakusbriefe“. War die Spartakusgruppe bis dahin eine verdeckte Fraktion innerhalb der SPD, trat sie 1917 in die neu gegründete linke Abspaltung der SPD, in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein. Dort wirkte sie zunächst weiter vor allem als propagandistischer Zirkel.

Lange herrschten Illusionen bei den deutschen KommunistInnen in die Sozialdemokratie und bürgerlich-parlamentarischen Traditionen vor. Ebenso lässt sie der gefürchtete mögliche Verlust von Einfluss auf die deutsche ArbeiterInnenklasse lange davor zurückschrecken aus der SPD auszutreten bzw. sich später von der USPD organisatorisch zu trennen. Die erfolgreiche Oktoberrevolution 1917 in Russland lässt die deutschen KommunistInnen nach und nach mit alten sozialdemokratischen Traditionen brechen und lässt sie die Rolle der bolschewistischen kommunistischen Partei und ihre zwingende Notwendigkeit für den Erfolg der sozialistischen Revolution erkennen. So trat auch insbesondere Rosa Luxemburg immer wieder als scharfe Kritikerin der von Lenin entwickelten Partei neuen Typs auf. Ein qualitativer Sprung vollzog sich hier jedoch erst Ende des Jahres 1918. Letztendlich wurde die KPD nach einem fast vierjährigen Prozess der Abnabelung nach dem Verrat der SPD, inmitten des Feuers der Novemberre-

volution gegründet.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gründung der KPD war die Neugründung der Spartakusgruppe als **Spartakusbund** am 11. November 1918 in Berlin. Damit stärkten die KommunistInnen ihre Organisationsstrukturen und bereiteten die Trennung von der USPD vor. Mit der **Roten Fahne** wird erstmals ein regelmäßiges (zum Teil tägliches) eigenes Propaganda-Organ der Organisation herausgebracht und offen vertrieben. Es wurde eine organisatorische Leitung gebildet und mit der offensiven Werbung von Mitgliedern für die Organisation begonnen. So wurden mitten während der revolutionären Kämpfe die Mitglieder des Spartakusbundes im November und Dezember 1918 in organisatorische Einheiten zusammengefasst und es wurden in den wichtigsten Industriestädten Ortsgruppen des Spartakusbundes gegründet, die dann die Delegierten zum Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 entsendeten.

Der eigentliche Gründungsparteitag der KPD fand als **Vereinigungsparteitag** von Spartakusbund und der Gruppe Internationale Kommunisten Deutschlands (u.a. den Bremer Linksradiكالen) vom 30.12.1918 bis 1.1.1919 in Berlin statt. Der Versuch, ebenfalls einen Zusammenschluss mit den revolutionären Obleuten zu erreichen und auch sie in die KPD einzubeziehen, scheiterte während

dem Gründungsparteitag. Der Parteitag war extra für Verhandlungen mit ihnen unterbrochen worden. Trotzdem verabschiedete der Parteitag auf Initiative von Karl Liebknecht eine Resolution, um auch in Zukunft alles dafür zu tun, mit ihnen eine Kampfgemeinschaft zu bilden, diese zu festigen und ihrem Anschluss an die KPD den Weg zu ebnen. **Die Gründung der KPD war damit zunächst eine Vereinigung von verschiedenen revolutionären Strömungen, welche sich organisatorisch vereinigten.** Ein ausdifferenziertes Programm und eine entsprechende Strategie existierten damals noch nicht.

„Es gilt heute in aller Öffentlichkeit den Trennungsstrich zu ziehen und uns als neue selbstständige Partei zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und Mittel zusammen gestimmt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution.“⁸ So Karl Liebknecht in seiner Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD.

Der Parteitag wählte eine aus 12 GenossInnen bestehende Zentrale, welche jedoch zunächst vor allem einen koordinierenden Charakter hatte. Der demokratische Zentralismus wurde damit nicht als das zentrale Organisationsprinzip der Partei übernommen. Auch die genauere Gliederung der Partei wurde auf dem

Gründungsparteitag nicht festgelegt. Ebenso fehlte ein Statut. Erst auf der ersten Reichskonferenz vom 14. bis 15. Juni 1919 gab sich die Partei ein vorläufiges Statut und eine konkrete Gliederung. Hier wurde ein Zentralausschuss mit 25 Mitgliedern gewählt. Davon bildeten 12 Genossen den engeren Ausschuß (die Zentrale) der die operative Leitung der Partei übernehmen sollte.

Auch wichtige ideologische Themen wurden auf dem Gründungsparteitag nicht geklärt. So unter anderem Fragen wie die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und die Gewerkschaftsfrage. Diese wurden erst im Herbst 1919 auf dem „Heidelberger Parteitag“ entschieden, was es der Partei erschwerte in den revolutionären Kämpfen des Jahres 1919 eine klare Position zu beziehen. Durch die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Gruppen und Fraktionen, aus denen sich die KPD zusammensetzte resultierte bereits sehr früh eine erneute Spaltung der Partei. Große Teile der „Linksradikalen“ verließen die Partei kaum ein Jahr nach der Gründung wieder. Bis zum Ende der 1920er Jahre sollte es immer wieder zu starken ideologischen Schwankungen in der Linie der KPD kommen.

Die späte Gründung der KPD machte es für sie notwendig, ihre Parteistrukturen unter den Bedingungen des schärfsten Klassenkampfes aufzubauen. Konnten unmittelbar

8 Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 524



Machtübernahme durch den ASR am 15. November 1918 am Bremer Rathaus



Demonstration in München 1919

nach der Gründung zum Teil ganze Ortsstrukturen der USPD per Mitgliederbeschluss in die KPD eingegliedert werden, wurden damit auch viele sozialdemokratische Ansichten und Traditionen in die Partei geholt. Gleichzeitig wurde die KPD und vor allem ihre führenden KaderInnen erbarmungslos von der Konterrevolution angegriffen. Innerhalb der ersten Monate wurden mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches wichtige ideologische und organisatorische KaderInnen ermordet. Das zentrale Parteiorgan wurde über weite Teile des Jahres 1919 verboten. Tausende Mitglieder und sympathisierende ArbeiterInnen wurden ermordet oder ins Gefängnis geworfen.

Die neu gegründete Partei wuchs mit einer rasenden Geschwindigkeit. Schätzungen gehen davon aus, dass bereits zwei Monate nach der Gründung rund 100 Ortsgruppen der KPD im gesamten Reich bestanden. Parallel dazu gab es eine schwach aufgestellte Organisationsstruktur der Partei, die sich zunächst organisatorisch kaum von den reformistischen Parteien unterschied.

Allein in den ersten zwei Jahren führte die junge Partei sechs Parteitage durch. Einerseits musste die Partei damit sicher auf die extrem dynamischen Entwicklungen im Deutschen Reich reagieren, andererseits schwankte sie stark in ihrer ideologischen, politischen und organisatorischen Ausrichtung und damit auch

in ihrer Praxis.

Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im März 1919 und dem Beitritt der KPD folgte im Dezember 1920 die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD. Nun kamen auch bedeutende Kommunisten wie Ernst Thälmann und Wilhelm Koenen in die Reihen der KPD. Zu diesem Zeitpunkt soll die vereinigte Partei mehr als 400.000 Mitglieder gehabt haben. Die hohe Zahl darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Mitglieder jahrzehntelang Teil der SPD waren und viele ihrer Traditionen auch die neue Partei zunächst bestimmten. Die KPD war zu diesem Zeitpunkt eher eine Massenpartei als eine marxistisch-leninistische Kaderpartei.

UND HEUTE?

Wenn wir heute zurückblicken auf die Parteigründung und die ersten Kampffahre der KPD, dann tun wir dies, um aus ihren Erfolgen und Fehlern zu lernen und an ihre historischen Erfahrungen und Traditionen anzuknüpfen. Denn heute stehen wir vor ähnlichen Probleme wie unsere GenossInnen vor 100 Jahren.

Auch heute kämpfen wir im imperialistischen Deutschland und auch heute haben wir keine marxistisch-leninistische Partei, welche als Kampforgan der organisierten ArbeiterInnenklasse diese zur sozialistischen Revolution führt und unermüdlich für den Aufbau des So-

zialismus kämpft. Auch heute haben wir in Deutschland eine zersplitterte revolutionäre Bewegung, welche sich in strategischen und taktischen Fragen uneins ist.

Die Geschichte der KPD zeigt uns, wie notwendig es ist, dass Gerüst für eine starke und kampffähige Partei zu schaffen, bevor die objektiven Bedingungen zu einer revolutionären Situation wie in den Jahren 1918/1919 heranreifen. Die Herausbildung einer einheitlichen politisch-ideologischen Linie, der Aufbau eines demokratisch-zentralistischen und dynamischen Organisationsgerüsts, sowie die Schaffung von Massenorganisationen und Propagandakanälen sind unverzichtbar dafür. Diese können in ihrer Komplexität nicht erst in der Revolution geschaffen werden, sondern müssen bereits davor eine möglichst große Anzahl von ArbeiterInnen erfassen und erreichen. Auch die Herausbildung einer klaren politischen, ideologischen und organisatorischen Linie ist keine Aufgabe, die in wenigen Monaten geschieht, sondern sich in Jahren des Kampfes entwickeln und vervollständigen muss.

So wie damals die GenossInnen der KPD, so kämpfen wir auch heute noch mit tief im kollektiven Bewusstsein der deutschen ArbeiterInnenklasse und der revolutionären Bewegung verwurzelten Bruchstücken sozialdemokratischen Bewusstseins. Stellvertretertum, Legalismus, Reformismus und der Hang zur Obrigkeits-

hörigkeit sind Traditionen, gegen die wir auch heute in der revolutionären Bewegung, der ArbeiterInnenklasse und auch in unseren eigenen Reihen ankämpfen müssen. Hier geht es nicht nur um die kollektive Aufgabe der Organisation, klassenbewusste KaderInnen zu entwickeln, sondern auch um den Kampf gegen das eigene bürgerliche Bewusstsein.

Doch auch eine marxistisch-leninistische Kampfpartei mit professionellen RevolutionärInnen als Kern, wird alleine noch recht wenig bewirken. Vielmehr muss sie zusammenkommen mit einer Massenbewegung der revolutionären ArbeiterInnen, welche sich in Räten organisieren und diese als Organe einer neuen Macht, einer proletarischen Macht aufbauen und in Aktion setzen. Nur diese Einheit aus Partei und Räten wird es uns möglich machen, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen.

Es ist heute unsere Aufgabe aus diesen historischen Erfahrungen und Kämpfen zu lernen und die gezogenen Schlussfolgerungen in unsere Praxis für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland einfließen zu lassen. Die Novemberrevolution zeigt eines ganz klar: Es gibt keine Zeit zu verlieren beim Wiederaufbau der KPD. Wir müssen heute die notwendigen Bedingungen und organisatorischen Grundlagen für die erfolgreiche sozialistische Revolution von morgen schaffen.

ANTIMILITARISMUS

Was können wir von Karl Liebknecht für unseren heutigen Kampf gegen den deutschen Militarismus lernen?

– *Ein Beitrag der Kommunistischen Jugend*

N ahezu zeitgleich entstanden in vielen Ländern Europas Ende des 19. Jahrhunderts revolutionäre Jugendorganisationen. In ihrem Kampf widmeten sie sich der Verbesserung ihres allgemeinen und beruflichen Lebens. Auch aufklärerische Tätigkeiten und Selbstbildung stand für sie auf dem Programm. Ihr Hauptaugenmerk richtete sich jedoch, anders als bei den sozialdemokratischen Erwachsenen, auf den **Antimilitarismus**. Sie weigerten sich nicht bloß, als Rekruten zu dienen, sondern arbeiteten auch generell gegen den Krieg.

Dem in der Sozialdemokratie aufkeimenden Opportunismus war die Jugendbewegung ein Dorn im Auge. Ihnen ging die revolutionäre Gesinnung der Jugend zu weit und so versuchten sie, eine Vormundschaft über diese zu erlangen. Ihre meist radikaleren Ansichten wurden als anarchistisch bezeichnet. Selbst Karl Liebknecht, damals Teil des linken Flügels der SPD, kritisierte zunächst die grundsätzliche Ablehnung jedes imperialistischen Krieges und Kampfmittel, um die eigene Front zu untergraben, damals als Linksabweichung. Genau diese Politik sollte sich aber

später in der revolutionären Antikriegsarbeit der russischen KommunistInnen als richtig erweisen.

Die Jugend war nicht nur im Bereich des Antimilitarismus den ArbeiterInnenparteien voraus. Sie nahm in vielen Ländern auch später eine wichtige Rolle bei der Schaffung der Kommunistischen Parteien nach der Spaltung der II. Internationale ein.

Um von der damaligen proletarischen Jugendbewegung zu lernen, schauen wir uns die Erkenntnisse von Karl Liebknecht¹ zu diesem Thema an und übertragen sie auf unsere heutige Situation.

MILITARISMUS

Der Militarismus dient der Sicherung (oder Erweiterung) der bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse. Nach außen wird dabei gegen die Bourgeoisie anderer Staaten gekämpft – nach innen gegen das eigene Proletariat.

Hinter dieser doppelten Funktion des Militarismus verbirgt sich ein Widerspruch für die heute herrschende

1 Insbesondere folgendes Werk:
Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907)

Klasse. Sie steht vor der Frage, ob sie die gleichen Menschen, im gleichen Sinne erzogen, für den Krieg nach außen wie für die Unterdrückung des eigenen Proletariats nutzen kann.

Noch schwerwiegender ist aber, dass der Imperialismus keine Armee kennt, die sich nur aus Teilen der herrschenden Klasse zusammensetzen würde. Der Militarismus muss Teile der ArbeiterInnenklasse gegen sich selbst bewaffnen:

„So steht der moderne Militarismus vor uns, der nicht mehr und nicht weniger sein will als die Quadratur des Zirkels, der das Volk gegen das Volk selbst bewaffnet, der den Arbeiter, indem er eine Altersklassenscheidung mit allen Mitteln künstlich in unsere soziale Gliederung hineinzutreiben sucht, zum Unterdrücker und Feind, zum Mörder seiner eigenen Klassengenossen und Freunde, seiner Eltern, Geschwister und Kinder, seiner eigenen Vergangenheit und Zukunft zu machen sich vermisst, der gleichzeitig demokratisch und despotisch, aufgeklärt und mechanisch sein will,

gleichzeitig volkstümlich und volksfeindlich.“²

Liebknecht berichtet für den Anfang des 20. Jahrhunderts davon, dass die deutschen Militaristen die Sozialdemokratie als eine massive Bedrohung für ihre Pläne sahen. Schätzungen gingen zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass etwa ein Drittel der Reichswehr Anhänger der Sozialdemokratie seien.

Dieser Widerspruch führte bei der deutschen Sozialdemokratie und letztlich bei der ganzen II. Internationale zu einer sehr optimistischen Sichtweise auf die nähere Zukunft. Man ging davon aus, dass es eine Sache von einigen Jahren sei, bis die Sozialdemokratie das Heer letztlich kontrolliere und vor allem führte man abstrakte und utopische Diskussionen darüber, welche Mittel im Falle eines Weltkriegs angewendet werden könnten.³

2 Karl Liebkecht: Militarismus und Antimilitarismus, Karl Liebkecht Werke Band 1, S. 277

3 Eines dieser Konzepte ist ein gleichzeitiger Soldatenstreik aller



Am Weihnachtsfrieden schwiegen die Waffen (Foto: 1915)

Die Geschichte ist ganz anders gelaufen: Die II. Internationale hat ihre heiligen Schwüre zur internationalen Solidarität verraten und nur in Russland gelang es, dass die Soldaten im umfangreichen Sinne ihre Gewehre umdrehten – nicht nur gegen eine Regierung, sondern gegen den Imperialismus als System. Die oben genannten Widersprüche bleiben bestehen und müssen für die Entwicklung einer antimilitaristischen Politik auch heute einen Ausgangspunkt bilden. Jedoch haben sich bürgerliche Ideologie und die Mittel zu ihrer Verbreitung enorm entwickelt, was es anders als Liebknecht 1907 analysiert hat, durchaus möglich macht, bürgerliche Soldaten heranzuziehen, die gebildet sind, eigenständig agieren und keinerlei Gewissensbisse bei der Unterdrückung der eigenen Klassengeschwister haben. Der **Faschismus** als besondere Form der bürgerlichen Ideologie ist in dieser Hinsicht eine mächtige Waffe des Imperialismus und eine direkte Schlussfolgerung

Kriegsmächte, deren Organisation man sich um 1905 noch von der II. Internationalen erhoffte. Bezeichnend ist, dass selbst Karl Liebknecht in seinem Hauptwerk zum Militarismus, die Argumentation späterer Sozialchauvinisten teilweise übernimmt. So sei ein allgemeiner Soldatenstreik zwar gut, ein Streik jedoch, der in nur einigen besonders klassenbewussten Ländern durchgeführt würde schlecht, da dieser die Zerstörung der Länder, in denen die Sozialdemokratie bereits stark ist durch die Länder, in denen sie schwächer ist, nach sich ziehen würde.

aus seiner bitteren Niederlage in Russland 1917-1921.

Institutionen zur Bekämpfung des sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Einflusses auf die Armee bestanden Anfang des 20. Jahrhunderts noch in vergleichsweise unsystematischer Weise. Es gibt zwar Berichte, dass die Liga zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in einzelnen Rüstungsbetrieben massiven Einfluss ausübte und auch für die Entlassung sozialistischer Arbeiter sorgte. Es ist dies jedoch nichts im Vergleich zum **MAD**, einem eigenen Geheimdienst, der letztlich nur die Aufgabe hat, die deutsche Bundeswehr ideologisch rein zu halten.⁴

Da die herrschende Klasse mit allen Mitteln versucht, ihre Macht zu erweitern, wird es auch militärische Interventionen geben, bis diese Klasse entmachtet ist. **Folglich kann konsequenter Antimilitarismus nur mit einer Revolution erkämpft werden. Dies soll jedoch nicht heißen, dass wir uns den antimilitaristischen Kampf nicht heute schon auf die Fahne schreiben.**

4 In welchem Sinne diese Aufgabe gelöst wird, nämlich durch die Förderung faschistischer Gedanken in der Armee, ist zu erahnen, wenn man sich vor Augen führt, dass bei einem Großteil der größeren und kleineren Skandale um „Rechtsextremismus“ in der Bundeswehr, von Franco A. bis hin zum Schattenarmee Verein „Uniter e.V.“, MAD-Agenten ihre Finger im Spiel hatten.



Nieder mit dem Bolschewismus

Bolschewismus bringt Hunger und Tod
Vereinigung zur Befämpfung des Bolschewismus, Berlin W 9, Erbellenstr.

Antibolschewistische Propaganda (1919)



Der Nazi-General Joseph Selmayr war der erste Chef des MAD (1955-1964)

IMAGEWECHELSEL BEI DER BUNDESWEHR HEUTE

Die militaristische Propaganda zielt damals wie heute auf mehrere gesellschaftliche Ebenen ab: Die erste Ebene sind die Soldaten selbst, die zweite Ebene ist das Potential für weitere Rekruten und die dritte Ebene ist die Gesellschaft als Ganzes, in der die Akzeptanz für den Krieg und die Armee gesteigert werden soll.

Logischerweise ist eine bestimmte Generation dabei stets Hauptzielgruppe der Propaganda: Die Jugend. Sie sind die ersten, die in den Krieg geschickt werden und diejenigen, deren Ideologie noch am stärksten geformt werden kann. Aus Sicht der KommunistInnen gilt das aber in ganz ähnlicher Weise, das heißt wir konkurrieren mit der bürgerlichen Ideologie insbesondere um die Herzen und Köpfe der Jugend.

Im Anbetracht von verschärften internationalen Widersprüchen, Deutschlands imperialistischen Großmachtsansprüchen, die aber im scharfen Gegensatz zu seinen momentanen militärischen Kapazitäten stehen, treibt die Regierung eine in den letzten Jahren beispiellose Aufrüstungskampagne voran. Neben schiefschießenden Gewehren und kaputten Hubschraubern ist dabei die Haltung zu Krieg und Bundeswehr in allen Teilen der Gesellschaft ein zentrales Problem.

Dies äußert sich unter anderem da-

rin, dass die Soldatenstellen bei der Bundeswehr mehrmals im Jahr erhöht werden, sie jedoch nicht gefüllt werden können, weil zu wenig Rekruten zur Verfügung stehen. Ein Reflex auf dieses Problem ist die Diskussion über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Momentan liegt jedoch der Schwerpunkt auf dem Versuch, einen Imagewechsel herbeizuführen.

Die Propaganda erstreckt sich dabei in verschiedene Bereiche. So sind jedem schon mal die großen Werbeplakate aufgefallen, die der Jugend suggerieren sollen, dass man innerhalb der Bundeswehr Karriere machen kann. Auch durch **YouTUBE-Serien** soll die Jugend beeinflusst werden. Krieg wird hier als gemeinschaftliches Abenteuer dargestellt.

Gerade der Sprung auf die Ebene der sozialen Medien wird von den Rekrutierungsbüros der Bundeswehr als sehr positiv bewertet und hat nach ihren Angaben tatsächlich zu mehr Interessenten geführt. Diese neue Schlagrichtung der militaristischen Propaganda ist dabei auch ein deutlicher Bruch mit dem relativ altbackenem „Wir.Dienen.Deutschland“-Slogan, mit dem noch vor einigen Jahren geworben wurde.

Schauen wir uns die heutige Bundeswehr an, so sehen wir, dass sie breit gefächert in alle Bereiche eindringt. Die Berufe, die dort erlernt werden können, sind sehr vielseitig. Sei es das Medizinstudium oder die Ausbildung zum KFZ-Mechatroni-

ker. Durch die hohe Technologie innerhalb der Bundeswehr benötigt sie zudem zunehmend hochqualifiziertes Personal.

Nicht nur durch die breite Propaganda versucht die Bundeswehr neue Bewerber zu finden. Auch wird allgemein versucht, den Soldatenberuf „attraktiver“ zu gestalten. Dabei soll zum Beispiel die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie erleichtert werden und der Sold weiter angehoben werden.

Vor allem wird aber auf Studierende abgezielt, die an einer herkömmlichen Hochschule an den hohen Notenanforderungen (NC) scheitern. Ihnen wird für ihre Verpflichtung zu

militärischen Diensten nicht nur ein Sold ausgezahlt, sondern auch das NC-freie Studieren ermöglicht. Dies ist für die Bundeswehr auch vonnöten, da durch die sich entwickelnden Technologien in den nächsten Kriegen diverse technische Experten gebraucht werden.

Diese neuen Maßnahmen stehen jedoch nicht im Gegensatz zu Maßnahmen, die kontinuierlich vom Kaiserreich über den Faschismus bis heute bestehen: So werden Rekruten weit weg von der Familie in Kasernen isoliert, wo ihnen die faschistische Ideologie eingetrichtert wird und es allzu oft zu Misshandlungen und psychischem Druck kommt.



Kreative antimilitaristische Intervention

UNSERE AUFGABEN IM ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF

Seit Karl Liebknecht vor über hundert Jahren sein Buch „Militarismus und Antimilitarismus“ geschrieben hat, hat sich vieles verändert: Es ist sicher wahr, dass durch die Verkleinerung der Bundeswehr, die Aussetzung der Wehrpflicht und die Weiterentwicklung der Propaganda und Überwachung innerhalb der Bundeswehr die Chancen, spontan zur Seite der Revolution neigende Soldaten zu finden, äußerst gering geworden sind. Wir werden heute weit mehr bewusste Konterrevolutionäre in ihren Reihen finden.

Dennoch greift es viel zu kurz, einfach nur die Parole „Soldaten sind Mörder“ zu verbreiten, Angehörige der Bundeswehr zur Rede zu stellen, zu beschimpfen, zu bespucken oder ihnen die Mütze zu klauen, wenn wir sie in der Bahn sehen. Das ist vielmehr die hilflose Realität von vielen irgendwie „links“ eingestellten Jugendlichen heute.

Stattdessen **müssen wir uns die damalige Sichtweise der Sozialdemokratie und der KommunistInnen auf das Heer wieder ein Stück weit aneignen.** Wir müssen uns vor Augen führen, dass einfache Soldaten in fast allen Fällen Teile unserer Klasse sind, die für ihren eigenen Unterdrückungsapparat geworben werden.

Es gilt somit besonders bei den Jugendlichen zu entlarven, dass die

Bundeswehr ein **Instrument zur Unterdrückung der deutschen Bevölkerung und der anderer Länder ist.** Langfristig werden wir auch eine Propaganda in der Bundeswehr entwickeln müssen, ganz im Sinne der Arbeiterparteien von damals: „Schießt nicht auf eure Klassengeschwister! Zieht nicht in den imperialistischen Krieg!“

Schwer einzuschätzen ist, wie groß die Erfolge dabei sein werden; aber auch wenn sich die revolutionäre Armee heute nicht einfach aus der Bundeswehr rekrutieren lässt, hat diese Arbeit strategische Bedeutung, da sie die Moral in der Bundeswehr zersetzt und Einfluss darauf haben wird, wie lange und wie entschlossen im imperialistischen Krieg und im Bürgerkrieg der Widerstand der Armee sein wird.

Es gilt weiterhin, jeden Skandal in der Bundeswehr – sei es um Faschismus, patriarchale Gewalt, Misshandlungen, Traumata und Selbstmorde unter Soldaten oder schlechte Lebensbedingungen – zu sammeln und auszunutzen, um die Bemühungen des Verteidigungsministeriums, die Bundeswehr zu einem „normalen“ und „attraktiven“ Arbeitgeber zu machen, zu durchkreuzen.

Das Eindringen der Bundeswehr in andere Teile der Gesellschaft auf Jobmessen, in Schulen und auch in Universitäten muss dabei ebenfalls als ein Kampffeld angesehen werden. Hier bietet sich uns die Chance, die

Bundeswehr als imperialistisches Kriegsinstrument zu ächten und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Tatsache, dass ein großer Teil der aktiven Soldaten aus **Ostdeutschland** stammt, zeigt unter anderem auf, dass dieser Schritt oft von Menschen gegangen wird, die sonst keine ökonomische Perspektive in ihrem Leben sehen. Dementsprechend ist der Wiederaufbau einer kämpfenden Arbeiterbewegung eine ganz allgemeine Aufgabe, die Alternativen zum Eintritt in die Armee entstehen lässt.

Die Entwicklung einer organisierten Arbeit in der Bundeswehr muss in der revolutionären Bewegung diskutiert werden, sie setzt aber ein hohes organisatorisches Niveau voraus, genauso wie gefestigte und ausgebildete GenossInnen, die diese Aufgabe übernehmen. Das wird auf absehbare Zeit keine Aufgabe sein, zu der wir die breiten Massen unserer Klasse aufrufen könnten.

Berücksichtigen müssen wir dabei, dass durch die Weiterentwicklung der Kriegsführung, den höheren Grad der Technologisierung, der militärische Apparat als ganzer stärker über die Grenzen der Bundeswehr hinaus wächst. Vermeintlich zivile For-

schung wird bedeutsamer ebenso wie die Rolle der Rüstungsindustrie.

Die genannten Aufgaben müssen im Zusammenhang mit dem **Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in unserem Land** angegangen werden. Bricht in den nächsten Jahren ein zwischenimperialistischer Krieg aus bzw. intensivieren sich die Kriegsvorbereitungen weiter, so ist klar, dass sowohl radikalere Kampfformen propagiert und möglichst massenhaft durchgeführt werden müssen, als auch, dass Dinge, die heute noch als banal erscheinen wie Reden halten oder Flugblätter gegen den Krieg zu verteilen zu einem Verbrechen im Sinne der bürgerlichen Rechtsordnung werden können.



